

# Die neue Energiekommission

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **1 (1979)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585945>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SES  
Schweizerische  
Energie-Stiftung

Auf der Mauer 6, CH-8001 Zürich  
Telefon 01 · 69 13 23

FSE  
Fondation Suisse  
pour l'Energie

Secrétariat romand  
Case postale 43  
CH-1212 Grand-Lancy 1

FSE  
Fondazione Svizzera  
per l'Energia



# SES Notizen

4/79

## Die neue Energiekommission

LIEBE SES-MITGLIEDER,

"Das Lager der Befürworter hat sich zwar jetzt bei 25% stabilisiert, das Lager der Gegner ist jedoch im letzten Semester um weitere 3% angestiegen. Man darf jetzt annehmen, dass in der Schweiz auf je einen Befürworter der Atomkraftwerke drei Gegner kommen." So schreibt das Meinungsforschungsinstitut SCOPE in seinem jüngsten Halbjahresbericht.

Die Zahl der AKW-Gegner wächst und wächst. Risse in französischen Reaktordruckbehältern, ungenügende Kühlwasserreserven in amerikanischen Atomkraftwerken, Bewilligungsstopp in den USA... das Vertrauen in den eingeschlagenen Weg schwindet.

Aber die Auseinandersetzung um die Energiepolitik wird immer komplizierter und unübersichtlicher. Das "Geschäft mit der Sonne" hat begonnen, Grossfirmen bieten Spartechniken und Alternativen an, mit umweltfreundlichen Elektrowärmepumpen will die Atomlobby Atomkraftwerke unentbehrlich machen. Vom Energiesparen spricht jedermann und der Bund gibt fast eine Million für eine Kampagne aus, die dem abhängigen Kleinverbraucher ein schlechtes Gewissen einreden soll.

Lassen wir uns nicht täuschen. Es geht nicht mehr nur darum, gegen Atomkraftwerke und für das Energiesparen zu sein. Wir müssen präzise Vorstellungen von dem entwickeln, was wir anstreben. Das versucht die SES. "Eine Art energiepolitische Opposition" nannte sie kürzlich ein Radiosprecher. Da kommt die SES natürlich auch ins Kreuzfeuer. Leider reichte der Platz in dieser Nummer nicht, um auf alle Anwürfe der letzten Wochen einzugehen. Im nächsten Heft wollen wir das teilweise nachholen.

Ruggero Schleicher

Die langerwartete GEK-Nachfolgerin - Eidgenössische Energiekommission genannt - ist endlich eingesetzt worden. Nach langem Gerangel hinter den Kulissen hat der Bundesrat, beraten vom verunsicherten Bundesamt für Energiewirtschaft, am 27. September die 21 Mitglieder ernannt.

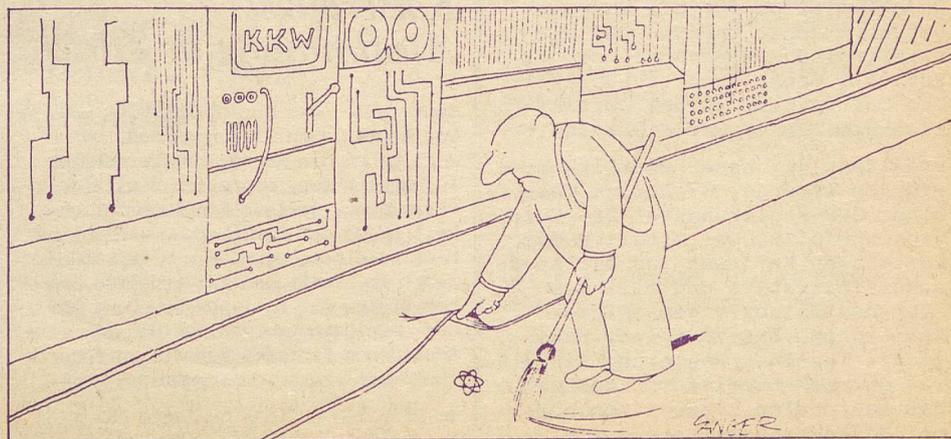
Der Volkswille wurde natürlich wieder einmal missachtet. Mehr als die Hälfte der Schweizer ist gegen einen weiteren Ausbau der Atomenergie. Das haben die Abstimmung vom 18. Februar - leider wurden viele durch die Fragestellung verwirrt - und eine Reihe von Meinungsumfragen deutlich gezeigt. Deshalb hatten die Umweltorganisationen mehrmals gefordert, die Kommission sei zur Hälfte mit Persönlichkeiten zu besetzen, die sich bereits in der Vergangenheit öffentlich für eine alternative Energiepolitik eingesetzt haben. Das ist nun nicht der Fall: Weniger als ein Drittel der 21 Kommissionsmitglieder kann man als ernsthafte Gegner einer nuklearen Zukunft bezeichnen. Und das ist schlimm. Denn vor allem soll die Kommission erst einmal den Bedürfnisnachweis für weitere Atomkraftwerke prüfen und somit die Weichen für die Energiepolitik der nächsten Jahre stellen.

Aber immerhin, unsere Landesherren sind nicht darum herum gekommen, dem wachsenden Widerstand gegen die von den Energiekonzernen entworfene Politik der verschwenderischen Monsterkraftwerke Rechnung zu tragen. "In keinem unserer Nachbarländer wäre eine derart kritische Kommission denkbar", meint gar ein zukünftiges Mitglied.

Eher kritisch eingestellt sind die Kommissionsmitglieder Prof. Peter Tschopp (Wirtschaftswissenschaftler, Genf), lic oec. Elmar Ledergerber (Infras, Zürich, Präsident der SP-Energiekommission und massgeblich beteiligt an der Ausarbeitung des Alternativkonzepts "Jenseits der Sachzwänge"), Anne Petitpierre (Rechtsanwältin, Genf, Stiftungsrätin des WWF Schweiz und FDP-Mitglied), Dr. Rolf W. Peter (wissenschaftlicher Berater des Migros-Genossenschaftsbundes) sowie Andrée Marchon (fédération romande des consommatrices, Genf).

Ihnen steht die harte Riege der Wachstums- und Atomvertreter gegenüber: Allen voran der altbekannte Michael Kohn als "Vertreter der GEK". Dann Hanspeter von Schulthess, Präsident des Verban-

Fortsetzung auf Seite 2



## DIE NEUE ENERGIEKOMMISSION (Fortsetzung von Seite 1)

des Schweizerischer Elektrizitätswerke und Dr. Georg Stucky, Geschäftsführer der Erdölvereinigung, der nach seiner Wahl in den Nationalrat (FDP) wohl ersetzt werden muss. Ausserdem sind da vom Vorort dipl.Ing.ETH Pierre Borgeaud, Präsident des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller und Generaldirektor der Sulzer, und vom Gewerbe Dr. Balz Horber, Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Bern. Auch der Vertreter der Kantone, Regierungsrat Tobias Kuoni aus dem Graubünden, hat sich immer schon als eifriger Interessenvertreter der Elektrowirtschaft hervorgetan und Dr. Bruno Gruber, Sekretär des Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes kann man wohl ebenfalls zu den bedenkenlosen Atombefürwortern zählen. Der Kernkraftapostel beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, SGB-Sekretär Dr. Benno Hardmeier, lässt sich nicht mehr ohne weiteres der Atomlobby zurechnen, denn die kritische Haltung der Gewerkschaften kann er auf die Dauer wohl nicht einfach übergehen. Auch der Bauernvertreter dipl.Ing Hans Dickenmann könnte in Einzelfragen vielleicht umschwenken. Die Vertreter von Kohle und Gas, Dr. Willy Bosshardt (Direktor der Ruhr- und Saarkohle AG, Mitglied des 50-köpfigen SES-Stiftungsrates) und Eric Georgis (Präsident der Gaznat, Vevey) sind natürlich an einer Absatzausweitung ihrer Energieträger interessiert, während der nächsten Jahre jedoch lässt sich das mit einer alternativen Energiepolitik vereinbaren.

Bleiben noch dipl.Ing. Werner Strehel (Energiespezialist der Ciba-Geigy und Präsident des Energiekonsumenten-Verbandes der Industrie), dipl.Ing. Hans Scheller (Direktor des Gas- und Wasserwerkes Bern), sowie die Alternativ-Technokraten Prof. Pierre Suter (Präsident der Expertenkommission für die Nutzung der Sonnenenergie, Lausanne) und PD Dr. Ladislaus Rybach (Präsident der Fachkommission für die Nutzung geothermischer Energie und die unterirdische Wärmespeicherung, Zürich). Ueber ihre grundsätzliche Haltung ist in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt.

Präsident der neuen Energiekommission wird der 37jährige Tessiner CVP-Regierungsrat Dr. Fulvio Caccia. Er war Mitglied des kantonalen Komitees für die Atom-schutzinitiative und gilt als "konsensfähiger", gemässigter AKW-Gegner. Bis zu seiner Wahl in die Tessiner Regierung (1977) war der ETH-Absolvent Direktor des kantonalen Lyzeums von Lugano. Nachdem prominente Partei-

freunde von der "CVP-Krankheit" - wie man gestörte Beziehungen zur Steuerbehörde dort zuweilen nennt - befallen worden waren, rutschte er zunächst als Verleghenheitslösung in den Regierungsrat. Bei den Erneuerungswahlen jedoch erzielte er dann das weit-aus beste Ergebnis. Dem "progressiven CVP-Wunderkind" wird Entschlussfreudigkeit nachgesagt. Als Vorsteher des neugeschaffenen Umweltdepartements (ausserdem ist er noch für die Polizei verantwortlich) hat Caccia Schwung in die Tessiner Energiepolitik gebracht. "Der Tessin ist da heute der aktivste Kanton" lobt man im Bundesamt für Energiewirtschaft. Auf dem Eidgenössischen Parkett ist er jedoch Neuling. Ob er sich der Mehrheit der erfahreneren Kommissionsmitglieder entgegenstellen mag, bleibt abzuwarten.

Seine Ernennung jedenfalls ist ein geschickter Schachzug: Ein gemässigter AKW-Gegner als Aushängeschild und eine pronukleare Kommissionsmehrheit als Korrektiv. Zudem wurde die CVP besänftigt, die zusammen mit der SP mit dem Uebergewicht der Freisinnigen nicht zufrieden war. Bemerkenswert ist, dass sich gerade Atomfreund Kiener (Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft BEW) für seine Ernennung eingesetzt haben soll. Ritschard hätte angeblich Prof. Tschopp vorgezogen.

Das sind sie also, die neunzehn Herren und zwei Damen, die die schweizerische Energiepolitik in den nächsten Jahren entscheidend mitbestimmen werden. Sie sollen das Departement und den Bundesrat in den wichtigen Fragen der Energiepolitik beraten. Die Techniker sind in der Mehrheit. Eidgenössische Parlamentarier hatte der Bundesrat von vornherein ausgeschlossen. Was dabei herauskommt ist diesmal nicht so leicht vorherzusagen. "Die meisten Mitglie-

der dürften in Bezug auf wichtige kontroverse Fragen mit festgelegten Konzepten in die Kommission eintreten, was eine sachbezogene Arbeit nicht gerade erleichtern wird. Wegen der in einem fragwürdigen Sinn ausgeglichenen Zusammensetzung wäre es nicht erstaunlich, wenn es immer wieder zu Patt-Situationen käme", schreibt die Neue Zürcher Zeitung.

Zunächst steht Kaiseraugst auf dem Programm. Dass dort nicht gebaut wird, darüber ist man sich weitgehend einig. Es geht nur noch um die Entschädigung. Interessant ist, dass manche Insider tatsächlich hoffen, Kaiseraugst werde wegen fehlendem Bedarf schon in der Kommission abgelehnt und nicht erst aus politischen Gründen im Nationalrat. Das wäre auch für Graben von Bedeutung.

Anders als die GEK wird die neue Kommission dem Energieproblem nicht mir grossen Konzeptionsentwürfen zu Leibe rücken. Das ist auch nicht ihr Auftrag. Was sie mit den weitgehend unbrauchbaren Unterlagen ihrer Vorgängerin anfängt, bleibt abzuwarten. Ueberhaupt, welches Gewicht die Kommission bekommt und was alles sie tut, scheint weitgehend von ihr selber abzuhängen, der Spielraum ist jedoch wohl eingeschränkter als bei der GEK. Die Energiekommission wird auch keinen unabhängigen Stab zur Verfügung haben. Anscheinend wird der Dienst für Energiekonzeption im BEW - hervorgegangen aus dem GEK-Stab - die laufende Arbeit der Kommission übernehmen. Er hat auch die GEK-Vernehmlassung auszuwerten.

Der Bundesrat musste Konzessionen machen. Trotzdem aber bleibt die Zusammensetzung der Kommission unbefriedigend und zutiefst undemokratisch. Viel Gutes kann man von ihr nicht erhoffen. rs.

## ENERGIESZENE

### Kaiseraugst- Abstimmung in Zürich?

Zwar fallen die Würfel über den Bau von Atomanlagen im Bundeshaus. Dennoch haben die Kantone im Vernehmlassungsverfahren, das einer Bewilligung vorausgeht, gewisse Einflussmöglichkeiten. Um der Bevölkerung wenigstens hier zu einem begrenzten Mitspracherecht in Atomfragen zu verhelfen, haben Kreise der Anti-AKW-Bewegung und der Umweltschutzorganisationen in verschiedenen Kantonen bereits entsprechende Vorstösse unternommen.

Im Hinblick auf das geplante AKW in Kaiseraugst haben die Stimmberechtig-

ten der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land mit grossen Mehr Initiativen gutgeheissen, welche die kantonalen Behörden dazu verpflichten, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau einer Atomanlage auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Umgebung zu wenden. Obschon dies damals zu Recht als eindrückliches Votum gegen das AKW-Kaiseraugst gewertet wurde, war das AKW-Projekt nicht Gegenstand der Abstimmung. Dem Beispiel der Basler folgend, lancierte die AKW-Gegnerschaft anderer Regionen ebenfalls kantonale Initiativen. Im Kanton Schaffhausen trat eine Regelung in Kraft, wonach Stellung-